



HERBSTSYNODE 2023

30. NOVEMBER-
2. DEZEMBER

Holger Stähle

holger.staehle@elkw.de

Mitglied der 16. Evangelischen
Landessynode



Gesprächskreisleiter
Prof. Dr. Martin Plümicke
Martin.Pluemicke@synode.elkw.de

Redaktion: Dr. Hans-Ulrich Probst, Elisabeth Holm
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

**OFFENE
KIRCHE**

Evangelische Vereinigung in Württemberg

www.offene-kirche.de



[fb/offene-kirche.de](https://fb.offene-kirche.de)



[offene.kirche.wue](https://www.instagram.com/offene.kirche.wue)

*Aktuelle Stunde***EV. LANDESKIRCHE IN
WÜRTTEMBERG IM KAMPF
GEGEN ANTISEMITISMUS**

Die aktuelle Stunde der Herbstsynode fokussierte sich auf eine zentrale Frage, die vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse besondere Dringlichkeit erlangt: Welche Verantwortung trägt die Kirche bei der Bekämpfung des Antisemitismus? Prof. Barbara Traub, Vorstandsvorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, eröffnete die Diskussion mit einem Grußwort, das die essentielle Bedeutung interreligiöser Beziehungen betont - nicht nur in Zeiten des Friedens, sondern auch als tragende Säulen der Solidarität und Unterstützung in Krisenzeiten.

Das Thema wurde anhand der jüngsten Ereignisse im Gazastreifen, besonders aktuell. Dabei sei die selbstkritisch Analyse der Kirche unerlässlich. **Dr. Hans-Ulrich Probst** (Tübingen) warnte deshalb eindringlich vor einer Selbstimmunisierung, die dazu führt, die eigene Verantwortung für Antisemitismus abzustreiten und von sich zu weisen. Eine kritische Selbstreflexion auf individueller und institutioneller Ebene sei notwendig, dabei solle Empathie für das Gegenüber immer der Ausgangspunkt für den Dialog sein, den **Johannes Söhner** (Böblingen / Herrenberg) als Grundlage für Bildung betonte. Diese, so unterstrich **Hans-Martin Hauch** (Tuttlingen und Balingen), sei neben der Empathie der Schlüssel zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Yasna Crüsemann (Göppingen und Geislingen) warnte vor der Gefahr des "Ja, aber"-Phänomens und betonte, dass jegliche Relativierung oder Rechtfertigung des Antisemitismus inakzeptabel und antisemitisch sei. Dies unterstütze auch Prof. Traub, die eine differenziertere Darstellung dieses komplexen Problems forderte.

Dabei machte die Synode auch unmissverständlich klar, dass der Antisemitismus nicht nur von einer einzigen Quelle stammt. **Christiane Mörk** (Besigheim und Brackenheim) plädierte nachdrücklich für einen multireligiösen Dialog, um Extremismus in religiösen Sphären zu bekämpfen. Sie machte in ihrem Statement ganz klar: Nicht die Religion schafft die Kriege, sondern der Machtmissbrauch religiöser Fanatiker. Abschließend ermutigte Prof. Traub dazu, Konflikte als Anlass zu nehmen, um gestärkt auf der gemeinsamen Basis voranzuschreiten, die während dieser Diskussion gefunden und aufgebaut wurde. Dr. Michael Blume, der Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung gegen Antisemitismus, betonte in seinem Grußwort die Ideologie des Antisemitismus als eine Hoffnungslosigkeit und forderte die Landeskirche auf, die Energiewende als Friedenswende zu begreifen, die Produktion von Friedensbotschaften in öffentlichen, nicht kommerziellen Medien im Internet zu unterstützen, gemeinsam mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs bedeutende religiöse Schriften zu veröffentlichen, und einen religionsübergreifenden Religionsunterricht mit dem Judentum zu etablieren, um Gemeinschaft und Einheit zu schaffen.



Zukunft der Kirche

STRATEGISCHE PLANUNG

Stefan Werner, Direktor im Oberkirchenrat, präsentierte auf der Herbstsynode seine Visionen für eine zukunftsfähige Ausrichtung von Kirche. Im Zentrum standen dabei der Bürokratieabbau sowie die Notwendigkeit eines Wandels in der Arbeitskultur, um die Kirche angesichts sinkender Mitgliederzahlen und finanzieller Herausforderungen weiterhin als Volkskirche zu erhalten.

Prof. Dr. Martin Plümicke (Reutlingen) stellte im Votum für den Gesprächskreis Offene Kirche fest, dass der Bericht von Werner den Zusammenhang von Mitgliederverlust und das finanzielle Defizit betone, die nicht immer im Verhältnis zueinander stünden. Er hinterfragte das finanzielle Defizit, da die Kirchensteuereinnahmen trotz Prognosen eines Verlustes in jüngster Zeit angestiegen seien.

Zudem unterstrich er die Notwendigkeit, nicht nur den aktuellen Zustand zu verwalten, sondern eine proaktive Strategie zu entwickeln, die Ideen für einen erfolgreichen Ausweg aus der Krise liefere. Als Beispiel führte er an, dass die Diskussion über defizitäre Tagungshäuser nicht nur zur Schließung führen solle, sondern dazu anregen müsse, die Häuser effizienter zu gestalten und digitale Dienstleistungen anzubieten, um die Rentabilität zu steigern.

Christiane Mörk (Besigheim und Brackenheim) schlug vor, junge Student:innen nach ihren Ideen für die Zukunft von Kirche zu fragen. Sie hätten wichtige Beiträge für die Gestaltung von Kirche parat.

Plümicke forderte für diese Gestaltung mehr Spielraum. Der Oberkirchenrat solle mehr Eigenverantwortung an die Gemeinden abgeben, um Entscheidungen über Mitgliedschaften in Vereinen und Bauprojekte selbstständig treffen zu können.

Dr. Antje Fetzer-Kapolnek (Backnang / Waiblingen) betonte diese Notwendigkeit, die Zentralisierung zu überdenken und die kleinste Einheit, nämlich die Gemeinden, zu stärken.

Eckart Schultz-Berg (Stuttgart) warnte davor, dass der Bürokratieabbau nicht zu einem Abbau der Demokratie führen dürfe. Es sei wichtig, dass Diskussionen und Debatten weiterhin Teil der DNA der evangelischen Kirche bleiben. vor allem in einer Zeit, in der Populismus wachse. **Dr. Hans-Ulrich Probst** (Tübingen) forderte, dass der Bürokratieabbau von den Gemeinden aus gedacht werden solle, um diesen mehr Freiheit zu gewähren und nicht nur effizienteres "Durchregieren" von oben zu ermöglichen.



Verantwortung

AUFARBEITUNG & PRÄVENTION SEXUALISIERTER GEWALT IM BEREICH DER LANDESKIRCHE

Der Umgang mit sexueller Gewalt in der Landeskirche ist eine anspruchsvolle und komplexe Aufgabe. Aufgrund von Meldungen von Betroffenen im Jahr 2010 wurde eine Studie durchgeführt, die historische Übergriffe in verschiedenen Einrichtungen der Landeskirche untersuchte. Die Universität Ulm bearbeitete zwei Teilprojekte, einschließlich historischer Übergriffe bis in die 1970er Jahre und aktueller Schutzkonzepte in betroffenen Institutionen. Die Studie zeigte den Missbrauch von Dr. Alfred Zechnall, der trotz Kenntnis in der Kirchenleitung keine nachhaltigen Konsequenzen hatte. Der Bericht der AUF! Studie [hier](#). Die Synode reagierte erschüttert auf diese Enthüllungen. Die Studie stärkte den Blick in die Gegenwart und Zukunft, indem sie Handlungsempfehlungen für die Stärkung des Schutzraumes von Menschen im Verantwortungsbereich der Landeskirche bot. Die anschließenden Wortmeldungen der Debatte waren von großer Betroffenheit geprägt. So forderte **Dr. Hans-Ulrich Probst** (Tübingen) eine weitere „Tiefenbohrung“ in verschiedenen Einrichtungen und allen Frömmigkeitsrichtungen vorzunehmen. Vor allem die individuelle Aufarbeitung helfe, bessere Schutzkonzepte anzulegen, da Strukturen der sexuellen Gewalt aufgedeckt werden können.

Angelika Klingel (Ditzingen/Leonberg) betonte die Wichtigkeit der Offenlegung der Taten und toxischen Strukturen. **Martina Klärle** (Crailsheim/Blaufelden/Weikersheim) bat um die schnelle Aufarbeitung bei Verdachtsmomenten zum Wohl aller (Opfer und Verdächtige). **Gerhard Keitel** (Vaihingen a. d. Enz/Mühlacker) berichtete über die Schwierigkeiten der Betroffenen gehört zu werden, sowohl im historischen Kontext als auch für heutige Jugendliche. Er betonte die Notwendigkeit der Hilfe von außen (Universität Ulm) sowie einen Handlungsleitfaden, der sowohl bei Erhärtung (Opferschutz und Täterverfolgung) als auch bei Widerlegung (Mitarbeitendenschutz) der Vorwürfe Anwendung finden kann. Die Forderung nach einer besseren personellen Ausstattung des Büros für Chancengleichheit wurde durch die ganze Synode unterstützt.

-Gerhard Keitel



*Studie***KIRCHEMITGLIEDSCHAFTS
UNTERSUCHUNG VI**

Die jüngsten Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU VI) der EKD unterstreichen eine tiefgreifende Veränderung der Religiosität in Deutschland. Die Studie, repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, schließt erstmals Katholiken und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften ein.

Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Bindung zur Kirche, der Religiosität im Alltag, den Konfessionen, Gründen für Kirchenbindung, Reformdruck und dem Nutzen der Kirchen für Mitglieder und die Gesellschaft. Es zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Religiosität. Über 56% der Bevölkerung werden den "Säkularen" zugeordnet, die als wenig religiös gelten. Trotzdem zeigt die Untersuchung geringe Unterschiede zwischen den Konfessionen. Obwohl viele der evangelischen und katholischen Mitglieder den Kirchenaustritt erwägen, sehen sie in Reformen ein Gegenmittel. Eine hohe Zustimmung gibt es zur ökumenischen Zusammenarbeit und zum erwarteten sozialen Engagement der Kirchen.

Holger Stähle (Hohenlohe), aus den Studienergebnissen heraus, betonte den Wunsch der Mitglieder nach Engagement für die Zukunft und Bedürftige. Daher forderte er eine sozial engagierte und gesellschaftlich relevante Kirche ein. Die Studie verdeutliche, so Stähle, dass rein religiöse Inhalte nicht ausreichen, um die Kirche voranzubringen. Zusätzlich betonte er, dass 85% der Befragten eine Kirchenreform

befürworten, etwa die Zulassung von Trauungen für alle.

Angelika Klingel (Ditzingen / Leonberg) zielte darauf ab, die Ziele der Landeskirche an den Ergebnissen anzupassen und betont die Aufgabe der Kirche im diakonischen Engagement. Sie forderte eine klare Stärkung des Diakonats und die Einführung multiprofessioneller Teams.

Dr. Hans-Ulrich Probst (Tübingen) betonte die Wichtigkeit, dass die Kirche Verantwortung für ihr Handeln und mögliche Fehler in der Vergangenheit übernehme. Diese Forderung nach einem höheren Schuldbewusstsein spiegele sich ebenfalls in den Ergebnissen der Studie wider, um Kirchenaustritte zu vermeiden. Er regte weiter an, darüber zu diskutieren, wie klarer kommuniziert werden könne, dass die untersten Einkommensgruppen, die häufig aus finanziellen Gründen die Kirche verlassen, effektiv keine Kirchensteuer bezahlen.

Johannes Söhner (Böblingen / Herrenberg) schlug vor, die Ergebnisse in einen Studientag zu integrieren.



Zwischenbericht

VERWALTUNGSSTRUKTURREFORM

Christian Schuler präsentierte den aktuellen Stand der Verwaltungsmodernisierung, die sich seit dem 1. Januar 2023 in Umsetzung befindet. Das Ziel? Eine flexible und skalierbare Verwaltung bis 2030. Schuler verspricht Beratung für Gemeinden, begleitete Berufswechsel und Offenheit in der Kommunikation. Der Bericht des KGE von Kai Münzing (Kfm) verdeutlichte die Komplexität der Verwaltungsstrukturreform, welche alle Ebenen der Landeskirche beeinflusse. Er betonte die Bedeutung von Schulungen und Empathie während des Transformationsprozesses und fordert konstruktive Beiträge aller Beteiligten.

Ulrike Sämann (Esslingen und Bernhausen) betonte die Bedeutung, kirchliches Wissen in der Verwaltung zu bewahren und die Gemeinden nicht aus den Augen zu verlieren. Für sie stehe die Wertschätzung gegenüber allen Mitarbeitenden im Fokus. Sie fordert den/die neu eingeführten Finanzbeauftragte*n zu stärken.

Prof. Dr. Martin Plümicke (Reutlingen) reflektierte über historische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Autonomie kirchlicher Gemeinden. Ein schmerzlicher Verlust sei die geringer werdende Unabhängigkeit der Kirchengemeinden, gefolgt von undurchsichtigen Finanzverteilungen, die zu Ungleichgewichten führten.

Plümicke führte weiter aus, wie in den neunziger Jahren die Macht von der Landeskirche auf Kirchenbezirksausschüsse übergang, und betonte den entscheidenden Einschnitt des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes, das die Gemeinden in ihrer Geschichte der Entmachtung auf einen neuen Tiefpunkt bringe.

Dr. Antje Fetzer-Kapolnek (Backnang / Waiblingen) bezog sich in ihrem Statement auf die Subsidiarität. Sie bestärkte die Notwendigkeit einer Verbindung von Verwaltung und Entscheidungsprozessen. Als Teil der Erprobungsprozesse, warne sie vor möglichen Auswirkungen auf kleinere Gemeinden bei Veränderungen in den Verwaltungshierarchien und warf Fragen zur Umsetzung von Entscheidungen in diesen Gemeinden auf.



Kürzungen

ZIELSTELLENPLAN

Oberkirchenrätin Kathrin Nothacker stellte auf der Synode den geplanten Zielstellenplan 2030 vor. Besondere Aufmerksamkeit erhielten die geplanten Kürzungen im Bereich der Seelsorge und Religionspädagogik. Für das Jahr 2030 seien im Zielstellenplan 178 Sonder-Pfarrstellen vorgesehen. Der Großteil der Kürzungen soll bis dahin durch natürlichen Personalabgang abgebaut werden soll. Trotz dieser tiefgreifenden Veränderungen äußerte Nothacker die Hoffnung auf eine positive Zukunftsperspektive.

Dr. Antje Fetzer-Kapolnek (Backnang / Waiblingen) warb für eine angemessene Ausstattung der Landeskirche mit Asyl-Pfarrstellen. Angesichts des aktuellen gesellschaftlichen Klimas sei ein Engagement für Geflüchtete dringend erforderlich. Diese Haltung erhielt breite Unterstützung seitens der Synodalen. **Heidi Hafner** (Böblingen / Herrenberg) betonte ebenfalls die Bedeutung des Einsatzes der Evangelischen Kirche für benachteiligte Menschen, wie von der EKD-Synode gezeigt. In der Prälatur Reutlingen wurde deutlich, dass ein Asylpfarramt eine Bereicherung für die gesamte Prälatur darstellt. Daher plant man dort, die für den Pfarrplan 2030 vorgesehene Transformationspfarrstelle für die Asylarbeit zu nutzen.

Peter Reif (Stuttgart) betonte die Verantwortung der Synodalen, unverzichtbare Stellen zu identifizieren und mögliche Kürzungsbereiche zu bestimmen. Gleichzeitig regte er an, zu überlegen, ob pfarramtliche Aufgaben auch von anderen Berufsgruppen in der Landeskirche übernommen werden könnten.

Hellger Koepff (Ravensburg/Biberach) hob den hohen Stellenwert der Seelsorge als "Muttersprache der Kirche" hervor und erkannte dennoch die Notwendigkeit von Einschnitten an. **Gerhard Keitel** (Vaihingen/Enz und Mühlacker) betonte die Wichtigkeit eines frühen Dialogs mit den Betroffenen bei möglichen Stellenkürzungen. Er unterstrich, wie essenziell es sei, die betroffenen Pfarrerrinnen und Pfarrer frühzeitig einzubeziehen.



SONSTIGES

Dekanatsplan

Oberkirchenrat Christian Schuler präsentierte erstmals der Öffentlichkeit den lang erwarteten Dekanatsplan (der Antrag der Synode stammte aus dem Jahr 2012!). Dieser Plan wird als Reaktion auf die fortschreitende Entwicklung und die veränderten Anforderungen an die Kirchengemeinden verstanden. Schuler verdeutlichte im Rahmen des Pfarrplans 2030 die Notwendigkeit, neben den Gemeindepfarrstellen nun auch auf der mittleren Leitungs-Ebene zu kürzen. Ziel sei es, möglichst viele lokale Pfarrstellen zu erhalten und so dem Auftrag der Kirche vor Ort besser gerecht zu werden. **Prof. Dr. Martin Plümicke** (Reutlingen) betonte, dass die Vorstellung des Dekanatsplans 14,5 Jahre nach der erstmaligen Anfrage an den Oberkirchenrat eine starke Verzögerung aufweise. Er hob hervor, dass einige Probleme möglicherweise durch eine frühere Vorlage vermieden worden wären. **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) äußerte die Ansicht, dass der vorgelegte Plan vor allem eine administrative Perspektive aufweise und die spirituelle Dimension außer Acht lasse. Er stellte die Frage, wer inhaltlich und geistlich als Vertreter der Gesellschaft in Aufsichtsräten großer Einrichtungen fungieren solle.

Haushalt

Die aktuellen Finanzberichte von Tobias Geiger und Dr. Jörg Antoine skizzierten die finanzielle Situation der Landeskirche und die anstehenden Herausforderungen. Der Nachtragshaushalt 2024 passt die Kirchensteuerprognose an und plant Maßnahmen zur Unterstützung von Gemeinden angesichts steigender Kosten. Geiger, Leiter des Finanzausschusses, betonte neben finanziellen Belangen die Bedeutung der Kirchenarbeit. Er forderte die Stärkung von Angeboten für junge Familien und hob die Notwendigkeit hervor, dass kleinere Gemeinden trotz begrenzter Mittel ihre Aufgaben erfüllen können. Er erwarte nicht zwingend Wachstum, sehe jedoch Potenzial, um Depression und Resignation zu überwinden und betonte das Ziel einer vielseitigen Kirche trotz möglicher Engpässe. Der Bericht über die Mittelverteilung präsentierte das Oikos-Projekt zur Sanierung von 6.000 Gebäuden mittels eines Ampelsystems. Es zielt auf dringende Sanierungen und klimafreundliche Modernisierung ab. Bis 2024 sollen verbesserte Energieeffizienz und ausgeglichene Treibhausgasbilanz erreicht werden, ohne die Gemeinden zu überfordern. Zukünftig werden nur noch Gebäude mit dem entsprechenden Ampel-Symbol aus dem Ausgleichsstock finanziert.